Nummer 109 — Halle, Dienstag, den 11. Mai 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

# Saale-Zeitung

## Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Zeitungsbotenstellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagsort: Unter Domnemde 14 a. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stechner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

## Neues in Kürze.

**Drahtmeldungen und Radiotelegramme.**

Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag den Gesetzentwurf zugehen lassen, der die Möglichkeit eines Volksbegehrens für alle Gesetze ausschließt, die die Folgen der Geldentwertung für vor dem 14. Februar 1924 begründete Rechtsverhältnisse regeln.

*

Die preußische Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei fordert in einem Urantrage das Staatsministerium auf, nach Fühlungnahme mit der Reichsregierung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Versorgung für den Krankheitsfall für die Beamten und ihre Familien im Anschluß an die reichsgesetzliche Krankenversicherung vorsieht.

*

In einer beim Preußischen Landtag vorliegenden deutschnationalen Anfrage wird darauf hingewiesen, daß die Filmoberprüfungsstelle die Aufführung des Films „Panzerkreuzer Potemkin" zugelassen hat, obwohl die Reichsbehörden für das Verbot des Films eingetreten sind. Es wird gefragt, ob das Staatsministerium bereit ist, diesen Hetzfilm unverzüglich zu verbieten.

*

Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde § 1 des Gesetzes gegen Schund und Schmutz mit allen gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen angenommen. Dabei wurde nach einem Antrag Dr. Mumm (Dnat.) beschlossen: „Werden zwei Nummern einer periodischen Druckschrift, die innerhalb Jahresfrist erschienen sind, auf die schwarze Liste gesetzt, so kann auch die periodische Druckschrift als solche auf die Dauer von 3 bis 12 Monaten auf die Liste gesetzt werden." Auf Antrag der Deutschen Volkspartei wurde beschlossen, daß eine Schrift wegen ihrer politischen, sozialen, ethischen, religiösen oder weltanschaulichen Tendenz als solche nicht auf die Liste gesetzt werden kann.

*

Im Preußischen Landtag ist ein Initiativantrag der Regierungsparteien eingegangen über die Neuregelung der Hauszinssteuer. Bekanntlich war der Gesetzentwurf über die Hauszinssteuer abgelehnt worden. Der Steuerertrag bedeutet eine Verlängerung der Zwischenlösung. Zur Förderung der Bautätigkeit sollen nach dem neuen Vorschlag vom Aufkommen der Hauszinssteuer drei Zehntel für das Land, sieben Zehntel für die Kreise Verwendung finden.

*

Dem sächsischen Landtag soll eine Regierungsvorlage zugehen über Aufnahme einer neuen amerikanischen Anleihe von 80 bis 100 Millionen Mark für die Sächsischen Werke. Zusammen mit der bereits verbrauchten Anleihe von 15 Millionen Dollar des Jahres 1925 würden die amerikanischen Schulden dieses Staatsbetriebes bei 40 Millionen Kapital 160 Millionen betragen. Eine tollere Mißwirtschaft dieser völlig überflüssigen, nur aus Sozialisierungswut errichteten staatlichen Konkurrenz gegen die Privatbetriebe, ist wohl kaum denkbar und ist charakteristisch für die heutige Linkspolitik, die deutsches Volksvermögen den ausländischen Kapitalisten in die Hände spielt, nur um die deutschen Unternehmer zu schädigen.

*

Der italienische Senatsausschuß hat einstimmig die Errichtung eines neuen italienischen Kriegshafens in Ostia beschlossen unter Bewilligung der von der Regierung geforderten 75 Millionen Lire.

*

Wie verlautet, steht der Abschluß eines englisch-italienischen Abkommens unmittelbar bevor, das den Italienern in Palästina bezüglich des Handels, der Schulen und der Religiösen Gesellschaften eine bevorzugte Stellung einräumen wird.

*

In Damaskus ist es zu neuen schweren Straßenkämpfen zwischen Syrern und französischen Truppen gekommen. — In Marokko hat eine Offensive der französischen und spanischen Truppen begonnen. Angeblich haben die Rifleute einige Stellungen und eine Anzahl Maschinengewehre verloren.

*

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington würde der englische Streik, wenn er so fortgeführt würde, wie bisher, den Vereinigten Staaten wöchentlich 27 750 000 Dollar kosten, da ein großer Teil der von England aufgenommenen Getreide- und Baumwollsendungen nicht abgehen könne.

## Faschistenputsch in Paris.

**118 Polizisten verletzt. / 231 Verhaftungen.**

Anläßlich der Feier des Nationalfestes der Jungfrau von Orleans kam es am Sonntag in Paris zu Zusammenstößen von Anhängern der Action française und der Jugendorganisation der Patrioteniga mit den Polizeiaufgeboten. Die Zwischenfälle wurden dadurch hervorgerufen, daß gegen das Verbot verstoßen wurde, in geschlossenen Zügen zum Denkmal der Jungfrau von Orleans zu marschieren. Die meisten Zwischenfälle ereigneten sich nach der offiziellen Feier bei der Statue der Jungfrau von Orleans. Dabei wurden zahlreiche Polizisten z. T. schwer verletzt, ebenso viele Anhänger der nationalistischen Verbände.

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, wurden insgesamt 118 Polizisten verwundet, zwei mußten dem Hopital zugeführt werden, die übrigen den Dienst einstellen. Insgesamt wurden 231 Verhaftungen vorgenommen, von denen 131 aufrechterhalten wurden.

*

Die Pariser Meldungen sprechen sehr harmlos von „Zusammenstößen". In Wirklichkeit hat es sich, wie schon die außerordentlich hohe Zahl der verletzten Polizisten beweist, um weit mehr gehandelt: Der Nationalfeiertag sollte von den Rechtsradikalen benutzt werden, um einen Staatsstreich zu begehen oder zum mindesten einzuleiten. Sinkt doch in Frankreich die Vorliebe zum Parlamentarismus im selben Tempo wie der Frank, so daß die Entscheidung: Linksdiktatur oder Rechtsdiktatur? immer näher rückt. Andererseits wirkt die Sorge vor dieser Entscheidung mit, um die Kapitalflucht und die Währungskrise zu verstärken. Durchaus kühle und ernste Beurteiler der Lage sind der Ansicht, daß trotz Zugehörigkeit fast aller studierten Kreise, insbesondere der Studenten, zu der Rechten, die Linke größere Aussichten hat, weil im Heere infolge Fortdauer der Marokko- und Syrienkämpfe die Zersetzung fortschreitet. Da auch die Teuerung und damit die Not der Massen immer größer werde, rechne man durchaus mit der Möglichkeit einer Revolution, und zwar einer erfolgreichen Revolution. Das jetzige Scheitern des Rechtsputsches hat diese Möglichkeit nur verstärkt.

Die Regierung ist bemüht, die Wahrheit zu verschleiern, weil anderenfalls ein völliger Zusammenbruch des internationalen Kredits Frankreichs und damit der Währung eintreten und das Chaos unaufhaltsam würde.

## Hindenburg über die Flaggenfrage.

Der Herr Reichspräsident hat gestern abend an den Reichskanzler nachstehendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die „zweite Verordnung über die deutschen Flaggen vom 5. Mai 1926 ist in der Oeffentlichkeit erheblichen Mißverständnissen begegnet.

Die außen- und wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Zeit, die einer neuen Geltung Deutschlands im Auslande den Weg ebneten und uns wieder in die Weltwirtschaft eingliederten, erfordern eine starke Mitwirkung der Deutschen im Auslande und ein freudiges Bekennen aller Auslandsdeutschen zum Deutschtum bei öffentlichen Kundgebungen. Dem stand im Auslande unter besonders schwierigen Begleitumständen der unselige Flaggenzwist hindernd im Wege. Diesem Uebelstande soll durch die Verordnung vom 5. Mai des Jahres abgeholfen werden und ich bin überzeugt, daß dieser Zweck mit der Verordnung auch erreicht wird.

**Nichts liegt mir — wie ich Ihnen bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe — ferner, als die durch die Verfassung bestimmten Nationalfarben zu beseitigen. Ich bin vielmehr nach wie vor fest entschlossen, die Flaggenfrage nur auf der Grundlage der Verfassung zu behandeln.**

Leider hat sich aber aus den Erörterungen in der Presse und in der Oeffentlichkeit erneut ergeben, wie verhängnisvoll und gefährlich für unser Volk der schwebende Streit um die Flagge ist. Hier in absehbarer Zeit auf verfassungsmäßigem Wege einen versöhnenden Ausgleich zu schaffen, der dem Werdegange und der Geschichte des Reiches gerecht wird, ist mein innigster Wunsch.

**Ich bitte Sie deshalb, Herr Reichskanzler, zur geeigneten Stunde, sowohl mit den gesetzgebenden Faktoren im Reiche als auch mit den an unserer Flagge [illegible] Vereinigungen in Verbindung zu treten, um diesem Ziele nachdrücklichst zuzustreben. Möge der Zeitpunkt nicht fern sein, wo sich das deutsche Volk wieder friedlich um ein und dasselbe Symbol seines staatlichen Daseins schart!**

Mit der Versicherung meiner hohen Wertschätzung und mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener gez. v. Hindenburg.

### Die Demokraten für Reichstagsauflösung.

**Der „Montag-Morgen" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Dr. Erich Koch, in der dieser erklärt habe, die Demokratische Partei sei nicht geneigt, in irgendeiner Weise Plänen zuzustimmen, die geeignet wären, den Gegnern der schwarz-rot-goldenen Reichsfahne irgendwelche Konzessionen zu machen. Falls die Krise sich weiterhin zuspitzen solle, dann bleibe nichts anderes übrig als die Auflösung des Reichstages.**

Diese kleinliche Haltung des demokratischen Führers steht in beschämendem Gegensatz zu der ruhigen Größe und treuen Sorge für Volk und Vaterland, mit der Hindenburg die Frage behandelt.

### Die Regierungskrise in Polen.

In Polen steht es ganz ähnlich wie in Frankreich: der Zusammenbruch der Militär- und Rüstungspolitik der Rechten und die Finanzkrisis treiben zu einer Ausschaltung des unfähigen Parlamentarismus und zu einer Entscheidung zwischen links und rechts. Die jetzige Regierungskrisis ist der Auftakt dazu, und die Schwierigkeiten der Lösung lassen bereits eine Diktatur der Linken unter dem Volksheiden Marschall Pilsudski am Horizont auftauchen. Im einzelnen wird aus Warschau gemeldet:

Der Präsident der Republik hat den früheren Ministerpräsidenten und Finanzminister Grabski mit der Bildung eines außerparlamentarischen Kabinetts von Fachmännern beauftragt. Grabski hat die Mission unter dem Vorbehalt angenommen, außer dem Vorsitz kein weiteres Portefeuille zu übernehmen.

Die Mission Grabski gilt aber seit dem Augenblick als gescheitert, da sich Marschall Pilsudski gegen ihn ausgesprochen hat. Pilsudski erklärte dem Präsidenten der Republik, daß die Aera Grabski für die Armee eine der übelsten gewesen sei.

Die Lage ist zurzeit gänzlich verworren, da an dem Gedanken eines Kabinetts von Fachministern, sei es unter Grabski oder einer anderen Persönlichkeit, festgehalten wird, während gleichzeitig der Führer der Landwirte Witos zusammen mit der Rechten über alle Opposition hinweg ein parlamentarisches Rechtskabinett bilden will.

### Verfahren gegen Hörsing?

Der Vorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörsing, soll auf einer Kundgebung des Reichsbanners in Nürnberg erklärt haben, er scheue sich nicht, die Vermutung auszusprechen, daß Reichskanzler Luther den Reichspräsidenten v. Hindenburg verleitet habe, durch Unterzeichnung der Flaggenverordnung einen Verfassungsbruch zu begehen. Im Anschluß daran habe Hörsing die Forderung erhoben: „Fort mit diesem Reichskanzler!" Nach anderen Berichten soll Hörsing in diesem Zusammenhang auch von Hochverrat gesprochen haben. Wie aus Berlin verlautet, soll sich Reichskanzler Luther am gestrigen Sonntag wegen dieser Rede Hörsings an den preußischen Ministerpräsidenten Braun gewandt und ihn gefragt haben, ob ein hoher Staatsbeamter in der Oeffentlichkeit so schwere Anschuldigungen gegen das Reichsoberhaupt und den Reichskanzler erheben dürfe. Ministerpräsident Braun habe über den genauen Wortlaut der Nürnberger Rede Bericht eingefordert, und davon werde es abhängen, ob gegen Hörsing disziplinarisch vorzugehen sei.

## Neue Währungsnöte in Frankreich.

**Eine Folge des englischen Generalstreiks.**

Von unserem Pariser Vertreter.

In demselben Augenblick, wo in England der Generalstreik erklärt worden ist, ist auch in Frankreich eine neue Währungskrise ausgebrochen, die alles hinter sich läßt, was in den letzten Jahren sich ereignet hat. Das Schicksal des Franken hängt auf Gedeih und Verderb von dem Ausgang der englischen Krise ab, denn England ist seit jeher der beste Abnehmer französischer Waren und Lebensmittel gewesen. Die französische Ausfuhr der letzten Jahre hat die Einfuhr aus England um eine bedeutende Summe überstiegen, um eine Summe, die besonders deshalb wertvoll war, weil sie in den in Frankreich so sehr benötigten englischen Pfunden bestand.

Nach Abschluß des Schuldenabkommens mit Amerika hatte man schon Hoffnungen gehegt, diesen Ueberschuß in Pfunden Sterling zum Ankauf der für die Leistungen an Amerika notwendig werdenden Dollars zu verwenden. Diese Hoffnung ist nun zunichte geworden, denn wer kann sagen, in welcher Zeit und in welchem Umfange sich der normale Handelsverkehr mit England wieder einstellen wird, selbst wenn der Streik von kurzer Dauer sein sollte.

In Frankreich häufen sich daher die für England bestimmten Güter von Tag zu Tag an, in den französischen Häfen sammeln sich Warenmassen über Warenmassen, und gleichzeitig ist der Export französischer Gemüse und anderer landwirtschaftlicher Artikel, der normalerweise sehr groß ist, lahmgelegt. In den ersten beiden Tagen der englischen Krise haben beispielsweise die Preise französischer Frühgemüse eine Senkung um 40 Franken erfahren, sie werden noch weiter sinken, wenn der Streik anhalten sollte, ja, schon wird von einer Einschränkung der Erzeugung Abstand, um einen noch größeren Preissturz zu verhindern.

Ist somit die französische Wirtschaft auf das empfindlichste von der englischen Krise betroffen, so ist es die französische Währung noch mehr. Es ist bekannt, daß die englischen Banken mit Unterstützung der englischen Regierung auf jeden Fall den Kurs des Pfund Sterling zu verteidigen suchen und zu diesem Zwecke alle schwachen Devisenbestände abstoßen, insbesondere französische und belgische Franken. Auf den internationalen Börsenplätzen ist daher zurzeit ein ungeheures Angebot an Franken vorhanden, das keine zahlreichen Käufer findet und den Kurs des französischen Franken immer mehr drückt.

Dazu kommt noch, daß Belgien, um die eigene Währung zu verteidigen, auch seinerseits seinen Besitz an französischen Franken abstößt. Obendrein entäußert sich auch noch Italien seiner Franken, um mit dem Erlös ebenso wie Belgien und England, englische Pfunde und Dollar zu kaufen. Die Pariser Börse ist gegen ein solches Angebot machtlos, und der Staat hat kaum die nötigen Mittel zur Verfügung, um eine dauerhafte Intervention vornehmen zu können. Er besitzt zwar rund 90 Millionen Dollar aus einer früheren Anleihe beim Bankhause Morgan, aber diese Summe ist zu einer endgültigen Intervention nicht genügend, und man weiß aus dem Beispiel Deutschlands zur Genüge, daß nach solchen Interventionen, die einige Zeit Erfolg haben, der Kurs der Landeswährung, die nun einmal krank ist, nur noch stürmischer sinkt, und daß wertvoller Bestand nutzlos vertan ist.

Neue amerikanische Anleihen zur Stützung des Franken sind im Augenblick wenig wahrscheinlich, da das Schuldenabkommen mit Amerika noch nicht ratifiziert ist und lebhafter Widerstand dagegen im französischen Parlament erwartet wird. Bleibt der eigene Goldbestand der Bank von Frankreich, aber Frankreich ist ja ängstlich bemüht gewesen, gerade diesen Goldbestand bei den amerikanischen Verhandlungen zu retten und hat die Zusicherung erhalten, daß man von ihm nicht dessen Opferung zu einer eventuellen Stützungsaktion des Franken fordern werde.

Alles in allem scheint daher die französische Regierung machtlos gegen den neuen Sturz zu sein. Obendrein hat es noch den Anschein, als ob gerade durch den neuen Frankensturz die Kapitalflucht in großem Maße eingesetzt hat, denn normalerweise müßten die Bestände an Franken in England und anderswo bald erschöpft sein. Sie erhalten aber neuen Zufluß durch die französische Kapitalflucht.

Die Stimmung in Frankreich hat durch diese neue Gefährdung des Franken einen neuen Anstoß in englandfeindlichem Sinne erhalten. Eine Feststellung von Regierungsseite hat bereits der französischen Oeffentlichkeit die natürlich in eingeweihten Kreisen schon bekannte Tatsache mitgeteilt, daß England großes Franken-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260511015/fragment/page=0001

summen verkauft und so die französische Währung angreift. Fast die gesamte französische Presse ist darüber einig, daß England durch seine eigensinnige Politik der Goldparität des Pfund Sterling die Krise heraufbeschworen habe, ja man sieht England geradezu als den Störenfried der Weltwirtschaft an, weil man einfach die früher oder später auch in Frankreich eintretende Sanierungskrise solange als möglich hinausschieben will. Ein Einziger, Caillaux, hat bereits vor Monaten erklärt, daß alle Schwierigkeiten erst der Anfang der großen Gesundungskrise sein werden, aber niemand will das in Frankreich wahr haben oder hören. Es versteht sich von selbst, daß durch den neuen Frankensturz die französische Industrie im Einkauf der Rohstoffe und die Regierung selbst bei der Balanzierung des Haushalts gefährdet sind.

## Die Streiklage in England.

**Amtlicher Optimismus.**

In dem amtlichen Communiqué heißt es: Die allgemeine Lage sei unverändert. In ganz England habe die versuchte Obstruktion von Streikkräften gegen die Beförderung der notwendigen Vorräte nachgelassen und werde wirksamer überwunden. In Hull seien wieder Ausschreitungen vorgekommen, und ein ziemlich beträchtlicher Zusammenstoß habe in Middlesborough stattgefunden. In beiden Fällen seien die Unruhen unterdrückt und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. In dem Gebiete der Londoner Docks werde die Ordnung vollkommen aufrechterhalten. Im allgemeinen sei die Lage in allen Häfen ausgesprochen besser als in der letzten Woche. Die Lage in Schottland habe sich ebenfalls gebessert. Sowohl in Glasgow, Edinburgh und in kleineren Plätzen hätten Ausschreitungen stattgefunden, aber Ernstes habe sich nicht ereignet. Die Lebensmittel- und Brennstoffzufuhr sei überall befriedigend.

In Preston mußte die Polizei gestern wiederum mit Knüppeln gegen eine vieltausendköpfige Menge vorgehen, die versuchte, die Polizeistation zu stürmen, um einen Verhafteten zu befreien. Verschiedene Polizisten wurden durch Steine und Ziegel getroffen. Sechs Personen wurden verhaftet. Auch in Hull fanden neue Ausschreitungen und Plünderungen statt. 40 Personen wurden verletzt, darunter zwei Polizisten. In Newcastle mußte die Polizei gestern abend zwei Knüppelangriffe auf die zehntausendköpfige Menschenmenge machen. Im Bergwerksgebiet wurden mehrere weitere Attentate gegen Eisenbahnen unternommen. Sechs Meilen nördlich Newcastle wurde der größte Teil der Fensterscheiben eines Zuges eingeworfen. Verschiedene Passagiere erlitten Verletzungen. Ein Signalhäuschen wurde in Brand gesteckt.

Die Zeitung der Streikleitung „The British Worker" berichtet, daß die Regierung gestern einen Transport von 140 Kraftwagen mit Mehl und anderen Lebensmitteln, der von den Londoner Docks nach dem Hydepark ging, von einer Eskorte von 16 Panzerwagen, Kavallerie und berittener Polizei [illegible] begleiten lassen. Das Blatt wirft der R[illegible] vor, damit [illegible] das Publikum durch einzujagen, indem sie es in den Glauben versetzt, daß der Streik gewalttätige, revolutionäre Ziele habe. Die Streikleitung bemüht sich immer wieder, alle Gewalttätigkeiten der Streikenden zu verhindern.

**Schlichtungsverhandlungen.**

Der Vertreter der „Chicago Tribune" will erfahren haben, daß von einflußreichen Persönlichkeiten Versuche unternommen werden, die Regierung und die Arbeiterführer zu veranlassen, Lord Reading als Schiedsrichter anzunehmen. Nach dem gleichen Blatte soll der Prinz von Wales bei dem Arbeiterführer Thomas sowie beim Ministerpräsidenten Baldwin vorstellig geworden sein, um sie zum Nachgeben zu veranlassen, jedoch sollen seine Bemühungen erfolglos gewesen sein.

# Der Kampf um die Trockenlegung.

Im Reichstag wurde am Sonnabend zunächst mit 294 gegen 26 Stimmen, also mit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, der Einspruch des Reichsrats gegen verschiedene Reichstagsbeschlüsse zum Etat zurückgewiesen. Danach bleibt es u. a. auch bei dem Betrag von sechs Millionen zur Behebung der Junglehrernot, den der Reichsrat auf die Hälfte vermindern wollte. Dann begann eine ausgedehnte Debatte über

**Alkohol und Gemeindebestimmungsrecht.**

Der Haushaltsausschuß verlangt in einer Entschließung die schleunige Vorlegung des Schankstättengesetzes, mit dem den Auswüchsen des Alkoholismus entgegengetreten werden soll. Mit knapper Mehrheit war im Ausschuß das Gemeindebestimmungsrecht abgelehnt worden. Dieses Gemeindebestimmungsrecht, für dessen Einführung zahlreiche Abstinenten- und Mäßigkeitsvereine eine lebhafte Bewegung entfaltet haben, will den Wählern das Recht geben, durch Abstimmung für eine Gemeinde oder für einen Gemeindebezirk die Schankkonzessionen zu vermindern evtl. auch das Verbot des Ausschanks oder Verkaufs von Alkohol durchzusetzen.

In der Aussprache begründeten Abg. Sollmann (Soz.) und Frau Arendsee (Komm.) Anträge ihrer Parteien auf Einführung des Gemeindebestimmungsrechts. Abg. Sollmann betonte dabei, mit dem Gemeindebestimmungsrecht solle keineswegs die Trockenlegung Deutschlands nach amerikanischem Muster durchgesetzt werden, es sei aber das brauchbarste Mittel, mit dem die Auswüchse des Alkoholmißbrauchs beseitigt werden könnten. Die Zentrumsabgeordnete Frau Weber schloß sich für ihre Person den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners an, ohne damit die Zentrumsfraktion festzulegen.

Der deutschnationale Abg. Rippel teilte mit, daß nur eine kleine Minderheit seiner Fraktion für das Gemeindebestimmungsrecht sei, die Fraktionsmehrheit lehne es jedoch ab, weil die Einführung dieses Systems nur neue Zwietracht ins Volk tragen würde. Für eine gründliche Reform des Schankstättenwesens und für den Kampf gegen den Alkoholmißbrauch würden die Deutschnationalen jedoch in jeder Weise wirken.

Abg. Bickes von der Deutschen Volkspartei erklärte, seine Fraktion werde gegen das Gemeindebestimmungsrecht stimmen. Tatsächlich sei mit der Einführung dieses Systems die Trockenlegung Deutschlands geplant. Die Erfahrungen, die in Nordamerika, Norwegen und anderen Ländern mit dem Alkoholverbot gemacht worden seien, müßten aber abschreckend wirken. Dem Alkoholmißbrauch könne nicht mit polizeilichen Reglementierungen, sondern nur mit Aufklärung begegnet werden.

## Niederschlesien wird trockengelegt!

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien, Simmer, hat in Uebereinstimmung mit dem Provinzialrat eine Verordnung erlassen, nach der in der gesamten Provinz Niederschlesien der Ausschank von Branntwein oder Spirituosen von 9 Uhr abends bis 8 Uhr früh in allen Gastwirtschaften, Hotels, Weinhandlungen und Cafés verboten ist. Nur Grog und Wein darf ausgeschenkt werden.

Die 9000 niederschlesischen Gastwirte haben, wie dem „8-Uhr-Abendblatt" aus Breslau gemeldet wird, in einer äußerst erregten Tagung beschlossen, sofort ihren 16 000 Angestellten zu kündigen und die Betriebe zu schließen, falls die Verordnung nicht bis zum 15. Mai aufgehoben wird. Diese Streikbeschlüsse, denen sich in vollem Umfange auch die schlesischen Kornbrennereien angeschlossen haben, indem sie gleichfalls mit sofortiger Entlassung aller Angestellten und Arbeiter drohen, sind telegraphisch an den Oberpräsidenten und an das preußische Ministerium des Innern weitergeleitet worden.

**Tagung des Vorstandes der Bergarbeiter-Internationale.**

In der Sitzung des Vorstandes der Bergarbeiter-Internationale in Ostende erstatteten die Delegierten der verschiedenen Länder Bericht über die von ihnen in Ausführung der in Brüssel gefaßten Entschließungen zwecks Verhinderung jeglichen Kohlentransports vom Kontinent nach England ergriffenen Maßnahmen. Aus dem Bericht ging hervor, daß jedes Land die Brüsseler Entschließungen strengstens beobachtet. Deutschland war durch Husemann, Berger und Limbertz vertreten.

*

Der Gewerkschaftskongreß hat zahlreiche Angebote finanzieller Unterstützung von auswärtigen Ländern erhalten und ebenso abgelehnt wie das russische.

## Aus dem Landtag.

**Pfarrerbesoldung. / Neutralität der Kirche. Prügelstrafe.**

Der Preußische Landtag beendete am Sonnabend die allgemeine Besprechung des ersten Abschnittes des Kultusetats. Ministerialdirektor Dr. Trendelenburg legte dabei die Stellung der Regierung

**zur Pfarrerbesoldung**

dar und bezog sich auf die Erklärung des Finanzministers, daß, wenn die Kirchensteuer nicht rechtzeitig und nicht vollständig eingehe, mit Staatskrediten ausgeholfen werden würde. Die Staatsregierung wünsche eine baldige endgültige gesetzliche Regelung der Pfarrerbesoldung, doch sei sie mit den Kirchen darin einig, daß der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen ist. Was die politische Einstellung der evangelischen Kirche zum heutigen Staat anlangt, so erinnere der Regierungsvertreter an die Stellungnahme der Generalsynode, die bereits im Jahre 1920 im Sinne der

**grundsätzlichen politischen Neutralität der Kirche**

entschieden habe. In der Debatte wurde übrigens von allen Rednern anerkannt, daß die Kanzel frei von Parteipolitik gehalten werden müsse. Von der Regierung wurde auf verschiedene Anfragen hin an das bereits am 16. April d. J. ergangene amtliche Dementi über die angebliche Ausarbeitung eines Konkordatsentwurfs erinnert und zugleich betont, daß die Staatsregierung für sich das Recht in Anspruch nehme, der wichtigen Konkordatsfrage ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. — Zu der in der Aussprache vielfach berührten Frage einer

**Aufhebung der Prügelstrafe in den Schulen**

erklärte der Regierungsvertreter Ministerialdirektor Kaestner, daß die Unterrichtsverwaltung es begrüßen würde, wenn sich ein völliges Verbot der Prügelstrafe ermöglichen ließe. Leider sei dies in der Praxis kaum durchführbar, wie z. B. die Probe aufs Exempel bewiesen habe, die der thüringische Staat gemacht hat. Dort mußte nach einigen Jahren das Prügelverbot grundsätzlich wieder aufgehoben werden. Die Prügelstrafe bestände allerdings dort nur noch für grobe Widersetzlichkeiten und Roheiten und dürfe z. B. bei Mädchen überhaupt nicht mehr angewandt werden. Zu diesem Status wolle man auch in Preußen gelangen. Weiter äußerte sich der Redner dahin, daß die Unterrichtsverwaltung lieber heute als morgen

**die Klassenfrequenz**

auf 30 Schüler herabsetzen würde, womit zugleich auch der Junglehrernot erheblich abgeholfen werden könne. Leider wäre das finanziell unmöglich.

Die preußische Unterrichtsverwaltung werde Anregungen geben, daß ein Teil der einzeln und allein stehenden Landlehrer in eine höhere Besoldungsgruppe komme. Rektoren und Konrektoren müßten in Gruppe 10 aufrücken können.

## Verfassungsreform.

Der Reichstagsabgeordnete Walther Lambach schreibt in der „Politischen Wochenschrift", daß sich durch Korrekturen im Wahlrecht die Regierungsfähigkeit unseres Systems nicht ändern lasse, es müßten vielmehr zu diesem Zweck die Kräfte umgeschaltet werden.

Dazu ist nötig, das Recht des Reichstags und der Beseitigung einer Regierung abzuändern. Das jetzt geltende Recht im Artikel 54 der Verfassung umschrieben lautet:

Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Der erste Satz handelt also von der Mitwirkung des Reichstages bei der Einsetzung einer Regierung. Der zweite von seiner Mitwirkung bei ihrer Beseitigung. Es wäre zu untersuchen, welche Abänderungen des gegenwärtigen Zustandes durch Aenderungen dieser Verfassungssätze herbeigeführt werden könnten, um stabilere Regierungsverhältnisse zu schaffen. Eine solche Untersuchung wäre verfehlt, wenn sie von der Parole: alles oder nichts! ausginge. Wir beginnen deshalb mit den geringfügigsten Aenderungen und kommen erst nach und nach zu tiefergreifenden Vorschlägen.

Vorschlag 1: Dem § 54 wird ein Satz angefügt, der besagt, daß ein der Regierung erteiltes Vertrauensvotum eine Wirksamkeit von mindestens 12 Monaten hat.

Dieser Vorschlag beliebe Reichstag und Regierung in ihrer bisherigen Abhängigkeit voneinander, verbürgte aber größere Ruhe und Stetigkeit für die praktische Regierungsarbeit. Die Nervosität, unter der wir leiden, würde nicht mehr ständig, sondern nur nach längeren Intervallen auftreten. Die Arbeit der Opposition würde konzentrierter und zum gegebenen Zeitpunkt wirksamer werden können.

Vorschlag 2: Dem § 54 wird ein Satz angefügt, der besagt, daß ein Mißtrauensvotum einer Zweidrittel-Mehrheit bedarf.

Hiernach bedürfte die Regierung zum Amtsantritt nur einer einfachen Mehrheit, gestürzt aber könnte sie nur mit qualifizierter Mehrheit werden. Auch so würde eine größere Stabilität der Regierung erreicht werden.

Vorschlag 3: Dem § 54 wird ein Satz eingefügt, der auch den Reichspräsidenten das Recht zur Zurückziehung des Kanzlers und der Minister gibt.

Vorschlag 4: Dieser Satz bleibt bestehen, aber der jetzige zweite Satz des § 54 wird gestrichen."

Diese Anregungen Lambachs bewegen sich somit auf der gleichen Linie wie die Verfassungsänderungen, die laut Meldungen der letzten Tage jetzt in Griechenland eingeführt sind, wonach ein Mißtrauensvotum nur zu Beginn jeder neuen Session, aber nicht während der Session eingebracht werden kann.

---

**Der Mailänder „Secolo" meldet aus Rom:** Mussolini hat eine Kommission eingesetzt zur Nachprüfung der Mißstände im Parlamentarismus. Die Anspannung aller finanziellen Mittel des Landes für die nationalen Aufgaben bedingt Sparsamkeit auch im Parlamentarismus. Deshalb ist die Reduzierung der Parlamentssitze in Aussicht genommen.

*

Die römische „Tribuna" sagt in einem Leitartikel, daß bei der nächsten Arbeitskonferenz in Genf Italien nicht zugelassen werde, daß seine faschistische Arbeitsgesetzgebung und Arbeitsorganisation diskutiert werde, wie man es in Zürich getan habe. Das Blatt gibt zu verstehen, daß, wenn bei der Arbeitskonferenz dieser Gegenstand berührt würde, Italien ohne weiteres sich von dieser Konferenz zurückziehen würde.

## Das verlorene Königreich.

Historische Skizze

von Hans Thyriot (Frankfurt).

Winterabend in Flandern. In der Leydener Vorstadtschenke hocken die Bürger beim Bier und stecken die Köpfe zusammen. Ein paar Bettelmönche erzählen von den Schwarmgeistern und vom Wittenberger Bildersturm. Es kann noch mehr Unruhe und Aufruhr geben. Mit flackernden Augen blickt der Wirt in den Redestreit und verliert kein einziges Wort. Jan Bockelson heißt er und ist früher ein Schneider gewesen. Er murmelt unverständliche Worte vor sich hin. Phantastische Gedanken recken sich empor. Es wird Aufruhr und Unruhe geben. — — —

— — Heiliges Römisches Reich. A. D. 1535. In Münster, am Markt, drängt sich die Menge Kopf bei Kopf. Auf der Bretterkanzel steht Bockelson, hoch über alle hinausragend, und predigt mit feurigen Worten gegen die Kindertaufe und die geistlichen Aemter. Mit ekstatischen Gebärden malt er seiner Gemeinde das beglückende Bild vom neuen Gottesreich, wie er es in seinen verzückten Nächten gesehen hat. Das Volk jubelt, und als Jan von der Kanzel steigt und hinwegschreitet mit seinen Getreuen, ist es schon, als ob ein König durch Münster zöge. Am Abend aber verläßt schweigend ein verstörter Menschenhaufe die Stadt: die anderen, die am alten Glauben festhalten und deshalb auswandern müssen. — —

— — Jan ist König von Münster. Wenn er im Purpurmantel durch die Straßen geht, wird ein breites Schwert vor ihm hergetragen. In der verlassenen Domprostei ist sein Palast. Dort sitzt er auf goldenem Thron und läßt seine zwölf Frauen vor sich tanzen. Da tafelt er mit den Freunden und ißt von kostbarem Tischgerät und trinkt alten Wein aus dem Propsteikeller. Spottmessen läßt er lesen vom Narren eines Domherrn, der nicht mitfeiern wollte, und in der Kirche spielen sie das Spiel vom reichen Mann und armen Lazarus. — Eines Tages kommt Nachricht, ein bischöfliches Heer ziehe heran, das Königreich zu belagern, — — —

— — Die Stadt ist ringsum eingeschlossen. Aber Jan hat wieder zum Volk gepredigt, und das Volk hat gejubelt wie am ersten Tag. Die Wälle sind stark besetzt und die Bischöflichen haben sich für's erste blutige Köpfe geholt. Brot und Fleisch ist reichlich da. — Am Abend schleppen sie einen Ueberläufer auf den Markt. Da steht der König, die hageren Glieder in eine prachtvolle Rüstung gepreßt. Er sieht den Gefangenen rätselhaft lächelnd an, wendet sich und winkt. Das große Schwert blitzt in des Königs Hand. Der Kopf des Verräters rollt am Boden. Jan lacht: „Auf Leid ein Freud." Und mitten in der belagerten Stadt fangen sie an zu tanzen. — —

— — Nachts. Der König sitzt einsam im Thronsaal, das Haupt in die Hand gestützt, und sinnt. Die ihm die liebste war von seinen Frauen, ist von ihm abgefallen und geflohen. Der König hat alle fortgeschickt, Freunde und Frauen und den Narren dazu; schweigend sitzt er und sinnt und sinnt. Alit, seine Mutter, war leibeigen gewesen, sein Ehemann eine Schifferswitwe. Die Schneiderwerkstatt und die Schenke ziehen an ihm vorüber. Und jetzt ist er König in einer belagerten Stadt. Er grübelt über sein Schicksal nach. Seine Wünsche haben sich erfüllt in unerhörten Genüssen. Er hat prunkvolle Feste gefeiert! jetzt sieht er das Ende vor sich. Aber seine Prophetengläubige will noch nicht wanken: wenn der sinkt, ist er verloren. — Gegen Morgen, als der Narr hereinschleicht, den König zu suchen, findet er Jan „in Kreuzweise" auf den Thronstufen liegend. Er windet sich, betet und schreit, von Visionen geschüttelt und gegeißelt, und kämpft um sein einsames Königtum. — — —

— — Am anderen Tage rast der Aufruhr in den Gassen von Münster. Die Schmiede, von Meister Hubert geführt, rebellieren gegen den König. Sie wollen ihre Frauen wieder, die gemeines Gut wurden. In den Häusern und auf den Wällen beginnt ein graues Gespenst umzugehen: der Hunger. Draußen zieht sich der eiserne Ring immer enger. Am Abend wirft der König in der Propstei den Helm erschöpft von sich. Der Aufruhr ist blutig niedergeschlagen. Aber schon bringen sie neue Unglücksbotschaft: Verräter sind im bischöflichen Lager. Und der Anschlag der blonden Hille, die eine neue Judith sein wollte, Münster zu retten, ist zunichte geworden. — Jan wandert durch die einsamen Gänge. In dieser Nacht kommt erschütternd die Vision des jüngsten Gerichtes über ihn. Geschrei hallt, wie Posaunen klingt es von ferne, roter Feuerschein fällt durch die spitzbogigen Fenster. Der König lehnt leuchend an der Wand. Der Narr stürzt vorüber, will ihn mitreißen: „Flieht — flieht!" — Die Stadt ist gestürmt. — — —

— — Auf dem Markt steht wieder die Menge Kopf bei Kopf. Auf hohem Gerüst schüren die Henkersknechte die Glut in eisernen Körben. Aufrecht steht Jan mit den beiden letzten Getreuen. Sie haben sich standhaft zu ihrer Lehre bekannt und standhaft gehen sie dem Tode entgegen. Die Menge sieht das Schauspiel, wie ihr König gerichtet wird an der Stelle, von wo er seinen Herrscherweg antrat. Nur wenige ahnen, was für ein Schicksal sich da oben erfüllt, und schleichen fort. — —

Am alten Lambertiturm scheint der Mond in drei eiserne Käfige hinein, die oben aufgehängt sind. Der mittlere um Mannslänge über den anderen; im Tode schwebt Jan Bockelson über den Seinen. Weißes Mondlicht fällt über Türme, Giebel und Dächer im verlorenen „Königreich".

## Der Salomo von Krockeby.

In der schwedischen Gemeinde Krockeby war im 18. Jahrhundert ein armer Sünder zum Tode verurteilt worden. Vorsichtig erkundigte sich der Richter bei dem nächsten Scharfrichter, was die Hinrichtung kosten werde und erhielt den Bescheid, daß wohl 300 Kronen herankommen würden. Da er den gleichen Bescheid von einem anderen erhielt, faßte er nach reiflicher Ueberlegung folgenden Beschluß: „Der Delinquent erhält von der Gemeinde 150 Kronen Zuschuß und kann sich hinrichten lassen, wo er will." Wo der „Delinquent" sich später nach Empfang der 150 Kronen aus der Gemeindekasse von Krockeby hat hinrichten lassen, darüber ist leider nichts bekannt.

**Eine seltsame Denkmünze.**

Im Jahre 1679 belagerten die Dänen mit einem starken Heer Hamburg. Trotz aller Anstrengungen gelang es ihnen nicht, die Stadt zu erobern, so daß sie schließlich wieder abzogen. Zum Andenken an diese Belagerung ließen die Hamburger eine Münze prägen, die auf der einen Seite die Inschrift trug: „Der König von Dänemark ist vor Hamburg gewesen." Was er ausgerichtet hat, ist auf der anderen Seit' zu lesen." Auf der anderen Seite aber stand — nichts.

**Uraufführung am Weimarer Nationaltheater,** Am 23. Mai (Pfingstsonntag) findet im Deutschen Nationaltheater in Weimar die Uraufführung des dreiaktigen Musikdramas „Hypatia" von Roffredo Caetani unter der musikalischen Leitung des Generalmusikdirektors Dr. Prätorius statt. Die Handlung spielt im 5. Jahrhundert n. Chr. in Alexandrien und behandelt den Kampf und Untergang des Hellenentums.

**Eine deutsche graphische Ausstellung in Madrid.** In Madrid wurde kürzlich eine Ausstellung deutscher Graphik eröffnet, auf der Werke von Corinth, Orlik, Liebermann, Kokoschka, Heckel, Groß, Dix und Kretzschmar ausgestellt sind.

## Hochschulnachrichten.

**Dresden.** Der Fabrikdirektor Dr. Robert Haller in Großenhain ist zum Honorarprofessor in der chemischen Abteilung der Technischen Hochschule zu Dresden ernannt worden.

**Jena.** Das Lektorat für Spanisch an der Universität Jena, das bisher nebenamtlich von einem deutschen Vertreter verwaltet wurde, wurde vom 1. April 1926 ab einem Spanier, dem Lizentiaten für Philosophie und Literatur, Ricardo Gomez de Ortega aus Madrid übertragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260511015/fragment/page=0002